

Pressestimmen

Berlin, 21. Febr. Die Dtsch. Tageszeitg. schreibt zu dem Wahlausfall: Im ganzen ergibt der Wahlausfall, daß die Schwäche nach einer entschlossenen nationalen und Ordnungspolitik in der preußischen Ränterschaft erfreuliche Fortschritte gemacht hat, die dadurch noch erfreulicher werden, daß auf der anderen Seite, gäbe es, bisher noch keine Arbeit an den marginalen Posen offenbar ihre zu werden beginnen. Ein starker Anfang zur Gewandlung des preußischen Volkes ist also aus dem gestrigen Wahlausfall deutlich zu erkennen.

Die Tagl. Rundschau schreibt: Die Schlagzeile ist die, daß die Preußenwahlen einen starken Rück nach rechts mit der ausgeprägten Tendenz haben können lassen, daß im Lande Politik getrieben werden soll, die Ruhe und Ordnung schafft und die die Korruptionswirtschaft besiegt. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, das Wahlergebnis keine Reaktion tragen zu müssen, so dürfte sie die Opposition zweiten durch die Wahlen außerordentlich verstärkter Rechtsparteien in der preußischen Regierung gegen sich haben.

Laut Kreuz-Ztg. habe man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die drei Koalitionsparteien nach wie vor in der Lage blieben, eine Mehrheit zu bilden. Damit sei freilich nicht gesagt, daß es auch wieder zur Regierungsbildung durch diese drei Parteien kommen werde.

Die Deutsche Allg. Ztg. äußert sich u. a. dahin: Die Möglichkeit einer genügenden Mehrheit der alten Koalition ist nicht ausgeschlossen. Atemlich fest sieht andererseits, daß die Mehrheit an Zahl und Umfang zum mindesten wesentlich verändert sein wird.

Der Vorwärts sagt: Es gibt drei Gewinner und drei Verlierer. Gewonnen haben die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Kommunisten, verloren haben die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Unabhängigen. Der Verlust der Unabhängigen ist so groß, daß er durch die Fortschritte der Sozialdemokraten und Kommunisten bei weitem nicht aufgewogen wird. Die Kommunistische Partei hat jetzt Gleichheit, ihren Anhang genau zu zählen. Sie mag selber sagen, ob die erreichte Zahl ihren Anspruch rechtfertigt. Die Vertreter des Proletariats zu sein.

Berlin, 22. Februar. Das "Berliner Tageblatt" untersucht die Frage, ob durch das Ergebnis der Landtagswahlen die alte preußische Regierungskoalition gescheitert sei und kommt zum Schluß, daß durch die Wahlen die Koalition eine Stärkung erfahren habe, der eine erhebliche Schwächung der Opposition der Linken gegenüberstehe, während der Gewinn der Deutschnationalen den Verlust der Deutschen Volkspartei nur um ein Dukzend Rundaus übersteige. Zu einem Aufschluß zur Einigkeit fordert der "Vorwärts" die Unabhängigen zum Zusammensein mit den Sozialdemokraten auf. Eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Parteien besteht nur in der Frage des Zusammengehenes mit den Bürgerlichen. Die Einigkeit der Sozialisten sei erforderlich sowohl zum Kampfe gegen die Rechtspartei wie auch gegen den Autor der geplanteen kontraradikalen Minderheiten. Der Beschuß der Londoner Konferenz, daß die überwiegende Haudeinwohner und die auswärtig wohnenden Abstimmungsberechtigten zu gleicher Zeit abstimmen sollten, wird von den Plättern lebhaft begrüßt. Er entspreche den allgemeinen unverbindlichen Bestimmungen des Friedensvertrages.

Vorläufige Wahlergebnisse

1. Wahlkreis (Ostpreußen). Deutschnationale 6, Zentrum 2, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Mehrheitssozialisten 5, und einige 1, Kommunisten 1 Stimme.

Wahlkreis 2 Berlin. Sozialdemokraten 5, Demokraten 1, Deutschnationale 4, Unabhängige 4, Deutsche Volkspartei 3, Mehrheitssozialisten 2, Kommunisten 2 Stimme.

3. Wahlkreis (Potsdam II). Sozialdemokraten 4, Demokraten 2, Deutschnationale 3, Unabhängige 2, Kommunisten 1, Deutsche Volkspartei 3 Stimme.

4. Wahlkreis (Potsdam I). Deutschnationale 4, Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationalen 5, Unabhängige 2, Kommunisten 1 Stimme.

5. Wahlkreis (Kuckerneuk u. d.). Deutschnationale 6, Deutsche Volkspartei 2, Zentrum 1, Demokraten 1, Mehrheitssozialisten 6, Kommunisten 3 Stimme.

6. Wahlkreis (Lammen) ohne den Kreis Niedermünde. Deutschnationale 6, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1, Sozialdemokraten 3.

10. Wahlkreis (Mannheim). Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1, Unabhängige 1, Sozialdemokraten 6 Stimme.

15. Wahlkreis (Königswinter-Süd). Sozialdemokraten 7, Zentrum 4, Deutschnationale 1, Freiheitliche 1, Deutsche Volkspartei 3 Stimme.

17. Wahlkreis (Westfalen-Nord). Deutschnationale 2 Deutsche Volkspartei 2, Zentrum 10, darunter 1 Abg. Hirsch, Demokraten 1, Mehrheitssozialisten 4, Kommunisten 1 Stimme.

Sächsische Volkszeitung — Nr. 43 — 22. Februar 1921

Du sollst nicht richten

Komödie von Erich Kressen
(Nachtrag vorbereiten.)

(28. Fortsetzung.)

Der Mann hatte sich augenscheinlich für den Besuch besonders sein gemacht. Der kostbare Körper steckte in einem schwarzen Mantelzug. Auf der weißen Weste hampelte eine dicke, goldene Kette mit allen möglichen Verlusten. Da der kolonialen Seidenwaren brüllte sich ein erbjungroher Brüllart während die dicken Hände eng in geblederte Handschuhe gestopft waren.

"Sie wünschen mich zu sprechen, mein Herr?" fragte Salomea etwas ungeduldig, da der Fremde konsequent schwieg.

"Ja," kamelte er: "Sie — Sie sind doch Salomea Mellini Tochter? Oder nicht?"

"Meine Mutter heißt Mellini, bevor sie sich verheiratete, Salomea Mellini."

"Also doch! Also doch!" murmelte der Mann erregt. Und aufs neue suchte er nach einer Rechtfertigung.

Salomeas Augen zogen sich finster zusammen unter seltsamen Blicken.

"Wüssten Sie mir nicht endlich sagen, was Sie von mir wünschen? Wer sind Sie eigentlich?"

Die häßliche Clemensheit stach seltsam ab von seiner erschrecklichen Erregung.

"Wer ich bin," rief er heftig. "Wer ich bin? ... Dein tollköpfiger Onkel bin ich — der einzige Bruder deiner Mutter!"

"Sie — Onkel Paul?"

Salomea war auf einen Stuhl gesunken. Die Nachricht kam ihr unerwartet.

"Na, ich!" bestätigte der Mann, ganz rot vor Zorn. "Hat deine Mutter nie von ihrem Bruder gesprochen?"

"Meine Mutter starb jung — ich war kaum zwölf Jahre alt. Aber doch — Salomea suchte in ihrer Erinnerung — ja, sie erwähnte einmal von einem Vetter, der ausgewandert war —"

"Wang erzahl! Das war ich!"

Meine Mutter sprach von ihm, wie von einem Toten!"

Er ist aber nicht tot! Er lebt und steht vor dir, Richter Salomea — lebhaftig und wachehaft und sieht jetzt nicht gleich wieder fort. Denn er sieht, daß hier etwas nicht stimmt, daß ein Onkel ist im Staate Dänemark. Ja, ja — der alte Onkel scheint gerade recht gekommen zu sein.

Reise lebte Salomea auf.

Eine Reparationsnote

Berlin, 21. Februar. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note:

Mit Rücksicht darauf, daß nach Vorschrift des Artikels 23 des Vertrags spätestens am 1. Mai 1921 alle Schäden, denen Wiederherstellung Deutschland schuldet, abgeschäfft sein sollen, hat die Reparationskommission ein Tableau aufgestellt, das, das Woche für Woche die Arbeit vorschreibt, die geleistet werden muss, um die endgültige Belebung zu dem vorgehenden Kriterium treffen zu können.

Die von der Reparationskommission festgelegte Arbeitsschablone ist folgende: Jede von einer alliierten Regierung eingegangene Reklamation wird der Kriegsblattkommission überwiesen, wobei der deutschen Regierung zur Auskunft eine Frist von wenigstens acht, höchstens 15 Tagen, je nach der Natur des Anspruchs, bewilligt wird. Diese Frist soll es Deutschland ermöglichen, alle ergangenen Auskünfte anzufordern, das es für nötig hält, und jede Frage aufzuwerfen, die in bezug auf die bereitstehende Reklamation im Zusammenhang steht mit den Grundsätzen oder der

Ausklegung des Friedensvertrages.

So das letzte Dossier von Reklamationen der Alliierten am 19. d. M. der Kriegsblattkommission überwacht worden ist, so haben die Deutschen spätestens am 16. März ihre Bemerkungen an die Reparationskommission gelangen zu lassen. Sollte diese Kommission die Entgegennahme der deutschen Regierung in bezug auf jede Schadenskategorie in Händen hat, so wird sie die alliierten Regierungen ersuchen, ihre Antworten zu liefern, die die Regierungen auf die von den Deutschen gestellten Anforderungen an ergangenen Auskünften ertheilen können. Eine zweite Frist von 8 bis 15 Tagen ist zu diesem Zwecke vorgesehen, so daß der äußerste Termint für die Mitteilung der letzten Antworten der Alliierten an die deutsche Regierung der 20. März ist.

Die Kriegsblattkommission ihrerseits hat wiederum eine Frist von 8 bis 15 Tagen höchstens, um der Reparationskommission ihren endgültigen Bericht über jede Reklamation vorzulegen. Der letzte dieser Berichte muß folglich spätestens am 5. April vorgelegt sein. Die Reparationskommission wird der deutschen Regierung, wenn sie einen solchen Wunsch ausspielt, in billiger Weise Gelegenheit geben, in offizieller Kommissionssitzung sich über jede dieser Reklamationen nach Maßgabe des Einlaufs der endgültigen Berichte zu äußern. Diese offiziellen Sitzungen können von dem 5. April und bis zum Ende des Monats April einzeln stattfinden. Die Reparationskommission referiert sich die Zeit vom 12. April bis zum Ende dieses Monats, um die von der Kriegsblattkommission vorgelegten Berichte zu studieren und ihre Entscheidung auszusprechen.

Um die

Besprechungen

zwischen der Kriegsblattkommission und der Reparationskommission zu erleichtern, ist vorgesehen, daß die Sachverständigen der Alliierten und der Deutschen in Paris in ständigem Kontakt

18. Wahlkreis Westfalen-Süd. Deutschnationale 2, Deutsche Volkspartei 4, Zentrum 8, Demokraten 1, Sozialdemokraten 7, Unabhängige 2, Kommunisten 2 Stimme.

22. Wahlkreis (Tübingen-Ost). Deutschnationale 3, Deutsche Volkspartei 3, Demokraten 1, Sozialdemokraten 3, Unabhängige 2, Kommunisten 3 Stimme.

23. Wahlkreis (Düsseldorf-West). Deutschnationale 1, Deutsche Volkspartei 2, Zentrum 7, Kommunisten 1, Sozialdemokraten 2 Stimme.

Berlin, 21. Februar. Aus der Verzeichnung der Freiherrn für die Landtagswahl ergeben sich weitere 35 Mandate für die verschiedenen Parteien, und zwar für die Deutschnationale Volkspartei 9, darunter die bisherigen Abgeordneten Elze und Weizel, für die Deutsche Volkspartei 5, darunter Staatssekretär a. D. Dr. von Krause, die Abgeordneten Frau Margarete Köhlmann und der Stadträte Dr. Wiemer, für die Zentrumspartei 3, darunter Dr. Borch, sie die Demokraten 4, darunter Oberbürgermeister a. D. Domarus und Reichsminister a. D. Preuß, für die Mehrheitssozialisten 4, darunter die Minister Braun und Seering, für die Unabhängigen 4, darunter Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, für die Kommunisten 4 und für die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 2, darüber der Universitätsprofessor Bredt.

Welchen Namen. Am 11. Februar hat Herr von Oberholz, einer der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kriegsblattkommission, den Empfang einer großen Anzahl ihm zugegangener Reklamationen bestätigt, und angezeigt, daß die bevollmächtigten Sachverständigen am 14. Februar nach Paris kommen würden, um die Dossiers der einzelnen Reklamationen zu prüfen. Es hat dabei namens der deutschen Regierung erklärt, daß es ihr unmöglich wäre, die Rechten zu erfüllen, welche die Kommission auf die Einwendung der Bemerkungen für jede Reklamation gesetzt hätte. Die Kommission hat am 15. d. M. die Kriegsblattkommission geantwortet, daß es ihr

unmöglich wäre, den Wünschen der deutschen Regierung zu entsprechen,

und daß die festgesetzten Fristen von der Reparationskommission strikt eingehalten würden. Ebenso wenig akzeptiert die Kommission, daß die Gedanken der deutschen Regierung, ihre Bemerkungen auf alle Reklamationen en bloc einzuliefern. Es ist vielmehr die Pflicht der Reparationskommission, die deutschen Bemerkungen an jeder Reklamation geprüft zu prüfen.

Anm. des W. T. B. Die Note vom 15. d. M. liegt bei der Berliner Befreiungskommission noch nicht vor. Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung sich darauf einlassen kann, sich im einzelnen vorzuhören zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Ausschlüsse zu erledigen hat. Wie wir erfahren, hat die deutsche Kriegsblattkommission die Befreiungskommission gegenüber nochmals zum Ausdruck zu bringen.

Da steht der Haken

Paris, 21. Februar. In seinem heutigen Leitartikel lautet der "Tempo": Die deutsche Konkurrenz könnte nicht mehr gefährlich werden. Wenn die Alliierten die hauptfähigen Bodenreicher mit der Kontrolle über die Krone beginnen, gehört in die Hand nehmen, wenn sie also Deutschland anstreben, seine Erzeugung nicht mehr aus systematischer Erwerbung der Weltmärkte zu gebrauchen, sondern zur Bezahlung der Reparationen, die es schulde, dann würden nicht die Stimmen, sondern die Gläubiger Deutschlands einen Tribut von den deutschen Erzeugnissen erheben. Deutschland würde oldhana nicht seine ganze Kraft zur Verbesserung seiner Konkurrenz verwenden können, sondern es müsse erzeugen, was seinen Gläubigern fehlt und seine landwirtschaftliche Produktion vergrößern, deren Winkelertrag es zu industrieller Absatz zu bringen, damit er außerhalb der notwendigen Lebensmittel laufen könnte. Je nach der Politik, welche die Alliierten befolgen, könnte es Deutschland einrichten, um die Alliierten zu unterwerfen oder um sie zu bezwingen. Lloyd George befürchtet die letztere Möglichkeit. Er habe nicht Unrecht, aber seine Vermutungen beweisen einfach, daß man sich so einrichten müsse, daß die zweite Möglichkeit verwirklicht werde.

Die Bremer Bürgerschaftswahlen

Bremen, 21. Februar. Bei den Bürgerschaftswahlen wurden nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis in 105 Wahlbezirken abgabent für die Deutschnationale Volkspartei 815, Deutsche Volkspartei 36 958, Zentrum 31 178, Deutsche 22 201, Demokraten 25 718, Sozialdemokraten 33 107, Unabhängige 31 193, Vereinte Kommunisten 9088, Wirtschaftspartei 5218 Stimmen. Ungültig waren 338 Stimmen.

Reichstagswahl

Niels, Stadt. Zentrum 108, Deutschnationale 14 973, Deutsche Volkspartei 22 731, Mehrheitssozialisten 41 588, Demokraten 5616, Unabhängige 5742, Kommunisten 5758, Landespartei 387. Dreißig Zettel fehlen.

Königsberg. Nach dem vorläufigen Endergebnis ergibt die Reichstagswahl in Königsberg-Stadt in runden Ziffern folgendes Bild: Demokraten 8200 (Reichstagswahl von 1919 30 287), Deutschnationale 14 400 (7645), Deutsche Volkspartei 42 700 (27 506), Zentrum 3100 (4519), Sozialdemokraten 20 000 (5 723), Unabhängige 12 000 (27 793), Kommunisten 23 000, Wirtschaftspartei 8500, Polen 6, Ungültig 7500 Stimmen. Das Ergebnis der Landtagswahl dürfte hieron nicht wesentlich abweichen.

"Seine Söhne aus ehrter Ehe."

"Alles?"

"Alles." Paul Mellini pustete ein paar mal vor Empörung. Dann fragte er bestürzt:

"Hat deine Mutter das Testament geschrieben?"

"Ja, Onkel."

"Hast du's da? Zeig mal her!"

"Nein, Onkel. Ich selbst habe es nie zu Gesicht bekommen."

Der Südfranzaner stieß einen leisen Pfiff aus.

"Deine Mutter war ein Schaf. Sieht sie ganz ähnlich: immer gutmütig und leichigläufig ... Aber du — wieder ist sie seine durchdringenden Augen auf seine Richter — aber du bist von anderem Volk. Sag mir offen und ehrlich: Richter Salomea, glaubst du an dieses Testament?"

Salomea schwieg verlegen, während leicht die Röte in ihre bleichen Wangen stieg.

"Glaubst du daran?" wiederholte er mit erhobener Stimme.

"Glaubst du daran?!"

Aleine Pause.

Dann kam es fest und bestimmt von Salomeas Lippen:

"Nein. Ich glaube nicht daran."

Poll Freude schlug der Südfranzaner sich auf beide Schenkel.

"Bravo, Onkel! Bravo! Wirst du bald wieder gehen! ... Heiligengrätz — ich weiß mich der Sache mal annehmen. Wie stehen denn deine anderen Freunde, he?"

"Hier, in Berlin."

"Aha! Na, da ist die Sache ja leicht! Werde sie mit den Schwestern, die meine Schwester verhungert liegen und jetzt auch deren Tochter darben lassen."

Salomea erschrak. Sie fühlte, sie hatte mehr gesagt, als sie wollte.

"Onkel Paul," bat sie, "hat sie, die Hand auf seinen Arm legend, „du mußt mir versprechen, in der Sache keinen Schritt zu tun, ohne meinen Willen.“

"Nichts verschreib ich! Gar nichts!" lautete die unwillige Entgegnung